

# LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
198 · Ausgabe BE · Januar 2022



ABSTIMMUNG ÜBER DIE MOTORFAHRZEUGSTEUERN

## Nach der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern braucht es eine ÖV-Offensive

**AM 13. FEBRUAR STIMMEN WIR ÜBER EINE ERHÖHUNG DER MOTORFAHRZEUGSTEUERN AB. AUF DIESE WEISE SOLLEN MEHR MENSCHEN DAZU ERMUNTERT WERDEN, AUF UMWELTFREUNDLICHERE VERKEHRSMITTEL UMZUSTEIGEN. ALLERDINGS KANN DIES NUR DER ERSTE SCHRITT SEIN. IN EINEM NÄCHSTEN SCHRITT MUSS AUCH DER ÖFFENTLICHE VERKEHR ALS WICHTIGSTE ALTERNATIVE MASSIV AUSGEBAUT WERDEN. DER KANTON BERN BRAUCHT EINE ECHTE ÖV-OFFENSIVE.**



David Stampfli, Grossrat Bern,  
Mitglied Bau-, Energie-, Verkehrs- und  
Raumplanungskommission

In der Sommersession 2021 hat der Grosse Rat das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge überarbeitet und eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern beschlossen. Seit einer massiven Senkung im Jahr 2012 entgehen dem Kanton Bern jährlich Steuereinnahmen von rund CHF 100 Mio. Dieses Geld fehlt für den Unterhalt und Investitionen in die Strasseninfrastruktur oder wird in anderen Bereichen gespart. Der Grosse Rat hat deshalb beschlossen, die Motorfahrzeugsteuern in einem Umfang von CHF 40 Mio. wieder anzuheben. Neu wird zur Besteuerung des Fahrzeuggewichts auch der

CO<sub>2</sub>-Ausstoss berücksichtigt. Wer ein schweres Fahrzeug mit hohem Schadstoffausstoss fährt, bezahlt mehr. Wer hingegen durch klimaverträgliches Mobilitätsverhalten kein oder wenig CO<sub>2</sub> ausstösst, wird entlastet. Auf diese Weise sollen mehr Menschen dazu ermuntert werden, auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen. Die SVP hat dagegen erfolgreich das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir am 13. Februar über die Vorlage an der Urne ab.

### Den Menschen Alternativen anbieten

Allerdings ist die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern nur die eine Seite der Medaille. Die Proteste der «Gilets Jaunes» in Frankreich haben gezeigt, dass es nicht ausreicht, einfach das Autofahren zu verteuern. Da der ÖV in vielen Regionen Frankreichs schlecht ausgebaut ist, hatten die Menschen gar keine echte Alternative und wurden wütend über die zusätzlichen Kosten. Diesen Fehler darf der Kanton Bern nicht machen. Die Menschen brauchen attraktive Alternativen, damit sie auch tatsächlich umsatteln. Um ihnen das Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu erleichtern, muss der Kanton entsprechende Investitionen tätigen.

### SP fordert jetzt ÖV-Offensive

Im Vordergrund steht dabei der ÖV mit einem Ausbau des Angebots und günstigeren Tarifen. Nur der ÖV kann den motorisierten Individualverkehr auf mittlere und längere Distanzen adäquat ersetzen. Der ÖV-Ausbau ist einer der wichtigsten Schlüssel, um die Klimakrise zu bewältigen, denn er ist eine gemeinschaftliche, sozialverträgliche Massnahme. Wenn wir also das Autofahren verteuern, müssen wir gleichzeitig auch den ÖV als Alternative ausbauen – sowohl im urbanen wie im ländlichen Raum.

Die Schweiz hat sich gemäss den Perspektiven zur «Bahn 2050» zum Ziel gesetzt, den ÖV-Anteil bis zum Jahr 2050 zu verdoppeln. Der Kanton Bern darf hier nicht zurückbleiben. Die SP hat deshalb im Grossen Rat einen überparteilichen Vorstoss für eine ÖV-Offensive eingereicht. Der Grosse Rat wird voraussichtlich in der Frühlingssession darüber beraten. Damit hat das Kantonsparlament die Chance, nur einen Monat nach der Volksabstimmung über die Motorfahrzeugsteuern den ÖV als umweltfreundliche Alternative deutlich auszubauen.

# Deine Stimme macht Solidarität und Fortschritt möglich

BEI DEN KANTONALEN WAHLEN VOM 27. MÄRZ 2022 KÖNNEN WIR DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKÜNFTIGE POLITIK IM KANTON BERN STELLEN. DIESE WAHLEN WERDEN ENTSCHEIDEN, OB WEITERHIN BÜRGERLICHE ABBAUPROGRAMME UND STEUERSENKUNGEN FÜR REICHE DURCHGEDRÜCKT WERDEN. ODER OB DAS WOHLERGEHEN DER HIER LEBENDEN MENSCHEN IM ZENTRUM STEHT. NUR EINE HOHE MOBILISIERUNG UNSERER WÄHLERSCHAFT MACHT DEN AUFBRUCH MÖGLICH.

Während bei den nationalen Wahlen jeweils rund die Hälfte aller Wählerinnen und Wähler teilnehmen, sind es bei kantonalen Wahlen im Durchschnitt nur um die 30 Prozent. Es gibt also viele Wählende, die unsere Politik zwar unterstützen, an den Grossratswahlen aber selten oder nie teilnehmen. Unser Ziel muss es sein, diese Menschen für den 27. März zu mobilisieren. Dies, indem wir ihnen aufzeigen, dass ihre Stimme für die SP vieles möglich machen kann. Wir machen dies anhand von vier Themenbereichen deutlich:



Gute Bildung und Innovation gehören zu den wichtigsten Ressourcen des Kantons Bern. Lebenslange Bildung ist der Schlüssel für soziale Sicherheit und eine funktionierende Wirtschaft. Investitionen in Bildung und Weiterbildung sind deshalb entscheidend. Ganz wichtig dabei sind gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitsnehmenden im gesamten Bildungsbereich. Jedes Kind hat ein Anrecht auf Bildung. Dies muss auch in einer Krise wie der Corona-Pandemie gewährleistet sein.



Kinderbetreuung ist wichtig für die Chancengerechtigkeit, denn sie übernimmt eine zentrale Rolle bei der frühen Förderung von Kindern. Und sie ist wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn sie fördert die Erwerbsbeteiligung von Eltern und senkt das Risiko von Familienarmut. Wir wollen eine moderne Familienpolitik mit mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Respekt für die Kinderbetreuung! Es braucht eine echte Elternzeit und mittelfristig sollen die Kitas kostenlos werden für die Eltern.



Die Corona-Krise hat gezeigt, wie rasch unser Gesundheitssystem an den Anschlag kommen kann. Obwohl das Gesundheitspersonal grossartige Arbeit leistet gab es bisher nicht mehr als Applaus. Die Pflegeinitiative muss deshalb rasch umgesetzt werden. Gesundheitsversorgung ist eine der wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Entsprechend muss der Kanton die nötigen Mittel bereitstellen, um für alle Menschen eine gute Grundversorgung sicherzustellen. Weiter braucht es einen Ausbau der Prämienverbilligungen.



Der Kanton Bern ist verpflichtet und in der Lage, einen grossen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu muss er dort ansetzen, wo er die grössten Kompetenzen hat und damit die Hebelwirkung am stärksten ist. Dies betrifft den Verkehr, die Energie und die Gebäude. Die SP fordert deshalb eine ÖV-Offensive und die Förderung von erneuerbaren Energien wie der Fernwärme. Entscheidend ist, dass die Massnahmen für den Klimaschutz immer sozialverträglich und damit bezahlbar für alle Menschen sind.

**Die Mobilisierung wird am 27. März entscheidend sein. Bitte erinnere dein Umfeld an die Wahlen. Zeig auf, warum diese wichtig sind und überzeuge deine Freund:innen und Bekannten, SP zu wählen.**

# «Wir sehen, wie wichtig ein starker Staat und Solidarität sind»

**ALS DIREKTORIN FÜR INNERES UND JUSTIZ IST REGIERUNGSRÄTIN EVI ALLEMANN AUCH FÜR RAUMPLANUNG UND TEILE DER FAMILIENPOLITIK ZUSTÄNDIG. ALS GRÖSSTE ERRUNGENSCHAFT DER AKTUELLEN LEGISLATUR BETRACHTET SIE DIE AUSWEITUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNGEN. IN EINER ERNEUTEN AMTSZEIT WILL EVI ALLEMANN AUFGEGLEISTES UMSETZEN UND DEN KANTON BERN WEITER VORANBRINGEN.**

**Vor vier Jahren hast du deine Kampagne mit Holzkugeln illustriert. Was konntest du in den bald vier Jahren als Regierungsrätin ins Rollen bringen?**

Mit meinen Fachleuten der Direktion für Inneres und Justiz trage ich in Schlüsselbereichen zu einer guten Wohn- und Lebensqualität im Kanton Bern bei. In der Raumplanung ist es uns zum Beispiel gelungen, verschiedene Massnahmen für die Beschleunigung der Planungsverfahren zu erarbeiten und so einen Beitrag an die verdichtete Siedlungsentwicklung der Gemeinden zu leisten. Auch in der Familienpolitik haben wir wichtige Pflöcke eingeschlagen: Wir verbilligen die Krankenkassenprämien für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen mit zusätzlichen 30 Millionen jährlich. Und mit einem neuen Gesetz verbessern wir die Situation von Kindern und Jugendlichen, die besonders Schutz oder Förderung brauchen. Es ist tatsächlich vieles ins Rollen gekommen und das fägt!

**Auf welche Errungenschaft bist du besonders stolz?**

Mich freuen sowohl die grossen wie auch die vielen kleinen Fortschritte. Der grösste Erfolg sind aber wohl die höheren Prämienverbilligungen. Damit können wir das Haushaltsbudget von vielen Familien entlasten, die darauf angewiesen sind. Rund 50 000 Menschen bleibt jetzt Ende Monat mehr Geld im Portemonnaie. Und rund 13 000 Menschen profitieren neu von Prämienverbilligung. Das ist ein wirkungsvoller Beitrag zum sozialen Ausgleich.



Manu Friederich

**Mit Raumplanung gute Entwicklungen fördern. Regierungsrätin Evi Allemann im Bernapark.**

**Du erwähnst häufig die Digitalisierung als Herausforderung und Chance für unsere Gesellschaft. Welche Rolle spielt dieses Thema in deiner Politik?**

Die Verwaltung soll auf die Bedürfnisse der Menschen antworten. Dazu müssen Dienstleistungen möglichst anwendungsfreundlich online und rund um die Uhr zur Verfügung stehen – das gehört zu einem guten Service public. Das Motto meiner Direktion heisst denn auch «einfach, aktiv, digital». Vom eUmzug über die elektronische Baubewilligung bis zum eAnzeiger: Laufend wird das Angebot an digitalisierten Dienstleistungen ausgebaut.

**Was motiviert dich, erneut als Regierungsrätin zu kandidieren?**

Im Zentrum steht für mich ein für die Bevölkerung und die Wirtschaft attraktiver Kanton. Mich motiviert, mit meinen Fachleuten und im Austausch mit Partnern tragfähige Lösungen zu entwickeln. Die erreichten Fortschritte spornen mich an, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Wie wichtig ein starker Staat und Solidarität sind, hat uns

die Pandemie vor Augen geführt. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen meistern und den Kanton vorwärtsbringen.

**Welche Projekte willst du in den nächsten vier Jahren angehen?**

In den Kernthemen konnten wir mit neuen Gesetzen und Entscheiden die Rahmenbedingungen verbessern, jetzt geht es um den Tatbeweis: Die Umsetzung. Das gilt zum Beispiel für die Steuerung der Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen. Mit einer aktiven Raumplanung möchte ich weitere positive Entwicklungen in Gang setzen. Dazu gehören gezielte Standortentwicklungen zur Förderung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen, aber auch speditive Verfahren. Mit Zielbildern wollen wir Fusionen von Gemeinden erleichtern. Wichtig ist mir auch eine zeitgemässe Religionspolitik, die der Vielfalt gerecht wird und das friedliche Zusammenleben fördert. Und natürlich wollen wir den Service public weiter digitalisieren, zum Nutzen von Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden.

# Sämi Bhend – ein Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit

Am 2. Dezember 2021 ist der frühere Berner Regierungsrat Sämi Bhend gestorben.

Sämi wurde 1974 in den Grossen Rat gewählt. 1985 wurde er Präsident der SP des Kantons Bern. 1997 wurde Sämi Bhend in den Regierungsrat gewählt und übernahm die Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Er suchte Lösungen für die Situation in der Sozialhilfe, kämpfte gegen steigende Krankenkassenprämien und setzte sich für den Standort Bern ein – insbesondere auch bei der Spitzenmedizin. Als besonders schwierig erwies sich das Spitaldossier: Sämi musste schmerzhaft strukturbereinigen in der Spitallandschaft an die Hand nehmen. Er tat dies mit Augenmass und grosser Empathie. Im Amtsjahr 1999/2000 war Sämi Regierungspräsident.

Sämi Bhend war ein politischer Mensch, der sich ein Leben lang für die öffentliche Sache engagierte. Er verfügte über ein grosses Gerechtigkeitsgefühl und setzte sich unbeirrt für die von ihm als richtig erkannten Lösungen ein. Ein Regierungskollege sagte, er habe die präzise und konsequente Argumentation

von Sämi immer geschätzt, die Auseinandersetzungen hätten zu besseren Ergebnissen geführt. Sämi hatte Humor, er war ein aufmerksamer Gesprächspartner und ein vorbildlicher Vorgesetzter.

Sämi Bhend war absolut integer. Er stellte sehr hohe Anforderungen an sich selbst und war immer loyal zu den Institutionen. Sämi war gerne Regierungsrat. Er sah in dieser Rolle eine Verpflichtung zu unermüdlichem Einsatz. In seinem Herzen blieb er immer ein Sozialdemokrat.

Sämi Bhend hatte ein erfülltes Leben. Nach der Pensionierung konnte er eine unbeschwertere Zeit in Gunten am Thunersee ver-

bringen. In den letzten Jahren musste er aufgrund seiner Krankheit erhebliche Einschränkungen ertragen. Sämi Bhend wird nicht nur seiner Ehefrau Lotti Reber-Bhend, die sich auch in der Öffentlichkeit engagierte, den vier Kindern und den Enkelkindern fehlen. Er wird auch der SP des Kantons Bern fehlen.

Kurt Nuspliger, ehem. Staatsschreiber des Kantons Bern

*Gekürzte Fassung.  
Der Nachruf auf Sämi Bhend  
kann online in voller Länge  
gelesen werden:*



## AGENDA 2021

- **Samstag, 5. Februar** | Auftaktaktion Grossratswahlen
- **Sonntag, 13. Februar** | Abstimmungen
- **Mittwoch, 2. März** | Parteitag in Bern
- **Sonntag, 27. März** | Kantonale Wahlen

### Das Zwischending zwischendrin

Kanton sein ist kein Zuckerschlecken. Auf der einen Seite ist da die grosse, nationale Politik: Bundesbern verheisst Scheinwerferlicht und Glamour. Und ein Mü Macht. Wer dort mitmisch, kommt im Fernsehen. Nationale Politik ist relevant und interessiert. Dort spielt die Musik, werden Weichen gestellt, wird mit der grossen Kelle angerührt und eingebrockt. Das Gegenstück ist die Lokalpolitik. Sie punktet mit Nähe, Demokratie zum Anfassen, Überschaubarkeit, Turnhallen-Charme und Geselligkeit. Wer vor Ort politisiert, ist nah dran. Dort, wo das Leben spielt, wo Politik konkret und ausgelöffelt wird. Irgendwo dazwischen, im Föderalismus-Sandwich ungemütlich eingeklemmt und leicht verdrückt, hockt die kantonale Politik. Das Interesse an ihr ist oft mässig. Dafür ist sie tendenziell an allem «tschuud», was darüber oder darunter nicht rund läuft.

*Rote Feder*



Das gilt erst recht in einer Pandemie. Medial flankiert über «Kantönligeist» und «Flickenteppiche» zu schimpfen oder über «Trödelkantone» und «Föderalismus-Irrsinn» zu spotten, hat sich als Volkssport etabliert. Auch ist es ziemlich en vogue, nach einem starken Bundesrat zu schreien, der das Heft – oder die 26 Hefte – doch bitte endlich in die Hand nehmen soll. Dabei könnten – nein, müssten! – wir aus dem unfreiwilligen föderalistischen Stresstest eigentlich ganz andere Lehren ziehen: Zum Beispiel, dass Kantonspolitik verdammt wichtig ist. Vielleicht würden wir dann Ende März sogar eine Wahlbeteiligung hinkriegen, die nicht zum Schämen ist.

Stefan Krattiger, Präsident SP Aegerten und ehemaliger Gemeindepräsident

**BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN**



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern